

Kantonsrat





Art des Vorstosses:

Interpellation

Bitte unterzeichnetes Original dem Ratspräsidium abgeben und zusätzlich mit E-Mail weiterleiten an: staatskanzlei@ow.ch

<u>Interpellation betreffend Machbarkeitsstudie zur Skigebietsverbindung Melchsee-Frutt – Titlis</u> - Hasliberg

Auskunftsbegehren/Frage:

Seit der Lancierung der Vision «Schneeparadies» im Jahr 2004 sind aus der Bevölkerung grosse Vorbehalte gegenüber des Projekts spürbar, unter anderem wegen des zu erwartenden Mehrverkehrs.

Im Umsetzungsprogramm für die Regionalpolitik 2016-2019 wurden insgesamt fünf Hauptziele definiert. Eines der Hauptziele war unter den Titel «Touristische Schwerpunktgebiete» gesetzt.

Im Rahmen des mit öffentlichen Geldern finanzierten Programms war unter anderem ab 2016 eine Machbarkeitsstudie zur Verbindung der Skigebiete Melchsee-Frutt OW, Titlis OW und Hasliberg BE geplant. Aus den Medien war im April 2015 zu vernehmen, dass die Regierung die Bahnen dazu bewegen wolle, die Vision der Skigebietsverbindung konkret anzugehen. An der Studie hatte eine ehemalige Regierungsrätin des Kantons Obwalden im Rahmen einer MBA-Arbeit an der HSLU (Masterarbeit) mitgearbeitet.

Bis heute ist in der Öffentlichkeit nichts über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie bekannt geworden. Auch einige im Rahmen der Studie Ende 2016 befragte Teilnehmende wurden nicht über die Ergebnisse informiert. Auf deren Anfrage bei der Volkswirtschaftsdirektion wurde bis heute keine Antwort gegeben.

Jährlich veröffentlicht 'Seilbahnen Schweiz' Fakten und Zahlen zur Schweizer Seilbahnbranche. Im Winter 2016/17 verzeichneten die Schweizer Skigebiete 21,2 Millionen Ersteintritte. Gegenüber dem Fünfjahresschnitt beträgt der Rückgang 10,2 Prozent. Dies ist der tiefste Wert seit mehr als 25 Jahren. (Vergleich: 2007/08: 28,7 Mio)

Aus diesem Grund ergeben sich folgende Fragen:

- 1. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass über Ergebnisse von Studien, die von öffentlichen Geldern finanziert sind, in der Öffentlichkeit informiert werden muss oder zumindest eine Auskunftspflicht zu den Ergebnissen besteht?
- 2. Weshalb wurde bis heute nicht informiert, und weshalb erhielten die Teilnehmenden der Studie keine Auskunft über die Ergebnisse?

- 3. Welche Kosten hat die Machbarkeitsstudie verursacht und wie wurde diese Studie finan-
- 4. Welches sind die Haupterkenntnisse aus der Studie?
- 5. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass mit den Vorbehalten aus der Bevölkerung, mit dem kontinuierlichen Rückgang der Ersteintritte in die Skigebiete und im Sinne des effizienten Einsatzes von öffentlichen Geldern die Prioritäten neu gesetzt werden müssen?

Die Unterzeichnenden bedanken sich für die Beantwortung der Fragen-

Datum: 15. März 2018 Urheberin: SP-Fraktion Kantonsrätin Ruth Koch